Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 65 (1985)
Heft: 10

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare

Afrikanische Entwicklungsmodelle

Leistungsfähigkeit und Kosten

Im heutigen afrikanischen Raum lassen sich diverse Entwicklungsmodelle ausmachen, deren Klassifizierung nach herkömmlichen Kategorien westlicher Herkunft wenig zur Erkenntnis beiträgt. Neben staatssozialistischen Systemen in *Mozambique* und in anderen Ländern, die sich an das sowjetische bzw. kubanische Entwicklungsmuster anlehnen, befinden sich sozialistische Ordnungen mit Überbleibseln früherer Regime (wie in *Angola, Kongo-Brazzaville* usw.), reformistische Modelle wie im *Senegal* und in *Kenia* (mit gemischter Produktions- und Eigentumsordnung), traditionell-konservative Gesellschaften wie *Marokko* und *Swaziland,* nach den korporativen Interessen der Militärkaste ausgerichtete autoritäre Regierungen (wie *Ghana, Sudan* und die früheren Diktaturen in *Uganda* und *Äquatorial-Guinea),* schwer einzuordnende, mit archaischen Zügen durchsetzte Gesellschaften wie *Mali* oder *Burundi,* und das neoliberale, politisch autoritäre Experiment in der *Elfenbeinküste.*

In anderen Ländern gedeiht eine ähnliche Vielfalt von Gesellschaftsordnungen, die unterhalb der Ebene zentraler Zielsetzungen zu den unterschiedlichsten Formen gesellschaftlicher Organisationen gehören; diese Pluralität erschwert jegliche Voraussage über langfristige Evolutionslinien. In vergleichbaren Ländern laufen völlig divergierende Modernisierungsversuche in zeitlicher *Parallelität,* ohne dass es zwingende Gründe dafür gäbe; man kann zwar aus der spezifischen Evolution des jeweiligen Volkes den jetzigen Entwicklungsstand erklären, aber selbst eine ausgedehnte vergleichbare Analyse erlaubt keine generalisierenden Schlüsse und noch weniger historische Entfaltungsgesetze mit zukünftiger Geltung.

Das Festhalten an metropolitanischen Modernisierungsmodellen und das Hervorbringen verschiedener, teilweise origineller Organisationsformen in Politik, Kultur und Alltagsleben bestimmen die entwicklungsmässige Landschaft der Dritten Welt gegen Ende des 20. Jahrhunderts. Weder sozialistische Experimente noch militärische Entwicklungsdiktaturen scheinen bis heute über dieses Muster hinauszugehen.

Andere sozialistische Versuche, die nicht alle Produktionsmittel verstaatlicht haben, fallen auch nicht durch Originalität bei der Bestimmung der Entwicklungsziele auf. Die Entfaltung der Nationalidentität hat *Algerien* an die Errichtung eines umfänglichen Industriesektors gebunden, welcher die neuesten Errungenschaften der metropolitanischen Technologie übernehmen soll; die in staatlichen Händen liegende Schwer-, Eisen-, Stahl- und petrochemische Industrie ist in einem for-

cierten Rhythmus aufgebaut worden. Ihre überproportionierte Grösse ist nur aus Prestigegründen erklärlich. – Die «vollständige» Industrialisierung hielt auch *Nkrumah* für das obligatorische Modell der *ghanaischen* Entwicklung, während eine Gesamtmodernisierung nach letztlich metropolitanischem Massstab das *tansanische* Modell prägt. *Paul Bomani,* dessen Zeugnisse den Vorteil haben, dass er kaum Mensch der Praxis (Minister für Wirtschaft und Entwicklungsplanung Tansanias) war, benannte folgende positiv-normative Orientierungswerte: hohe Wachstumsraten in Wirtschaft und Erziehung, restlose Erschliessung des Landes für Landwirtschaft und Besiedlung, Effizienz in der Betriebsführung, Mobilisierung aller menschlichen, natürlichen und finanziellen Ressourcen, Erhöhung des Exportvolumens, Verbesserung der Sparrate und Industrialisierung in langfristiger Perspektive.

Eine Einschätzung der rein ökonomischen Leistungen des Sozialismus in der Dritten Welt wird durch den Mangel an verlässlichen statistischen Daten vergleichender Natur erschwert. Auch wenn einige Länder sehr hohe Wachstumsindizes aufweisen (wie zeitweise *Algerien, Benin* usw.), scheint diese wirtschaftliche *performance* keine entscheidende sowie nachhaltige Auswirkung auf den allgemeinen Lebensstandard der Bevölkerung gehabt zu haben, was ja den erklärten Zweck und die Legitimation des peripheren Sozialismus ausmachen sollte. Der ungeheure propagandistische Aufwand und die Grundprinzipien der Argumentation legen den Schluss nahe, dass sozialistische Regimes ihre Rechtfertigung und ihre Orientierungswerte vorwiegend in quantitativen Leistungen und materiellen Indikatoren sehen; an den eigenen Kriterien immanent gemessen schneiden diese Sozialordnungen – entgegen einer weitverbreiteten «progressiven» Meinung an westeuropäischen Hochschulen – keineswegs vorteilhaft ab.

Militärherrschaft

In anderen, gar nicht seltenen Fällen ist es aufgrund der Schwäche und Desintegration ziviler Kräfte dem Militär gelungen, die politische Macht an sich zu reissen und den Staatsapparat zur Plünderung der finanziellen Ressourcen im Interesse der Offizierskaste rücksichtslos einzusetzen. Das Militär fungiert nicht als Instrument einer bestimmten Klasse; es verkörpert die «bestorganisierte Gewerkschaft» und ist in dieser Eigenschaft an der Beute verteilung massgeblich beteiligt, ohne allerdings die Produktionsmittel selbst zu besitzen. Eindeutige Beispiele dieses «militärischen Syndikalismus» sind *Zaire* (seit 1965) und *Ghana* (oftmals seit 1966), aber auch *Uganda* unter Idi Amin, und kleinere Staaten können diesem verhältnismässig labilen Herrschaftsmodus zugerechnet werden.

Die wichtigsten Ressourcen des Landes und die grösseren Betriebe befinden sich im Staatseigentum; die Position des Privatunternehmertums (Handel, Dienstleistungen, Manufaktur) ist schwach und vom staatlichen Sektor abhängig. Die Militärkaste ist in der Regel abgeneigt, die (lästigen) Pflichten eines Eigentümers an Produktionsmitteln zu übernehmen, denn sie bevorzugt die einfachen Bereicherungsmöglichkeiten, die die Verwaltung eines ausgedehnten staatlichen Sektors anbietet. Die überragende Stel-

lung des staatlichen Eigentums ermöglicht ein Ausmass an Korruption, das seinesgleichen sucht: die vom Waffenmonopol abgesicherte Raffgier der Militärkaste geht mit repressiven Praktiken einher, die ebenfalls zu den schlimmsten in der ganzen Welt gehören.

In *Äthiopien* strebt die anonyme, elitäre und brutale Herrschaft eines militärischen Geheimbundes (*Derg*) eine rasche Modernisierung, die Zertrümmerung der traditionellen Sozialordnung und die Vereinheitlichung der Nation an. Die angewandten Methoden sind nicht zimperlich gewesen: Massenterror, unbarmherzige Bekämpfung separatistischer und autonomistischer Bewegungen (auch wenn diese sozialistisch eingestellt waren), Ausschaltung aller Instanzen und Gruppen mit selbständiger Verfassung und Aufbau streng hierarchischer Befehlsstrukturen in allen Lebensbereichen.

Die verschwommene amtliche Ideologie (*Yaityopia tikdem*), die starke kollektivistische, moralisierende und nationalistische Züge mit modernisierenden Absichten und staatssozialistischen Organisationsmodellen verbindet, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Politik weiterhin ein elitäres Geschäft bleibt. Über die wirtschaftliche *performance* des neuen Regimes gibt es kaum zuverlässige Daten; es scheint, dass es ohne sowjetische Waffen, osteuropäische Sicherheitsexperten und kubanische Soldaten anderen Kräften bereits gewichen wäre. Die äthiopische Militärregierung reproduziert unter einem anderen Vorzeichen den elitären Führungsstil der kaiserlichen Epoche, deren Günstlingswirtschaft die jetzigen Machthaber lange Zeit genossen haben.

Andere Staaten, in denen privates Eigentum an den Produktionsmitteln vorherrscht, können weder ökonomische Modernisierungsleistungen noch eine politisch-institutionelle Evolution vorweisen, die der freien Entfaltung des einzelnen und der Befriedigung seiner Grundbedürfnisse zugute kämen. Diese Fälle – von *Zaire* über *Obervolta* bis *Liberia* und *Ruanda* – sind bekannt und bilden das bevorzugte Untersuchungsobjekt neomarxistischer Theorien.

In anderen Fällen wiederum, in denen der Staat wirtschaftspolitisch eine grössere Rolle spielt, lassen sich beträchtliche sozio-ökonomische Erfolge konstatieren, die sich mittelfristig, wenn auch recht ungleichmässig, zugunsten des allgemeinen Lebensstandards und des Erziehungs- bzw. Gesundheitsniveaus auswirken. *Gabun* gehört zu dieser Kategorie, und weder seine «Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt» noch seine Spezialisierung auf Rohstoffausfuhr haben seiner blühenden Wirtschaftsentfaltung Abbruch getan. Im Fall Gabun kann man einwenden, dass die reichen Vorkommen an Erdöl, Edelhölzern und Eisenerz in Verbindung mit einer kleinen Bevölkerung und einem verkehrsgünstigen Standort eine einzigartige Entfaltung ermöglichen, aber in *Malawi* haben durchaus negative Faktoren wie Rohstoffarmut, dichte Besiedlung, stark erodierte Flächen, kein Zugang zum Meer, Abhängigkeit von Südafrika und nachteilige Eingliederung in das Weltmarktsystem eine relativ erfolgreiche *performance* gemäss ökonomischen und sozialen Indikatoren nicht verhindern können. In politischer Hinsicht sieht Malawi freilich recht autoritär, puritanisch und rück-

schrittlich aus – im Gegensatz zu Gabun.

Sozialordnungen mit gemischter Wirtschaftsverfassung (ausgedehnter staatlicher Sektor neben geduldeter Privatinitiative) haben in bezug auf Modernisierungsbilanz, Gestaltung der politischen und kulturellen Sphäre sowie Bildung einer beständigen nationalen Identität so unterschiedliche Ergebnisse und Modelle gezeitigt, dass sich ein verallgemeinerndes Urteil von selbst verbietet. Einige Staaten, die diesem Typus zuzurechnen sind, gehören zu den schwierigsten «Problemfällen» der Gegenwart, in denen die schlimmsten Aspekte der Unterentwicklung (von Massenarmut über Arbeitslosigkeit bis zur Unterentwicklung) in geballter Form auftreten. Demgegenüber kann man Beispiele anführen, in denen eine gemischte Wirtschaftsverfassung andere Resultate hervorgerufen hat.

Sozialistische Regimes

In *Sambia* hat der «Sozialistische Humanismus» des Staatspräsidenten Kaunda neben der Verstaatlichung der extraktiven Industrie die höchsten Zuwachsraten ganz Schwarzafrikas gemäss wirtschaftlichen Globalindikatoren mit sich gebracht; die Schattenseiten schliessen die hierarchische und nicht partizipatorische Organisation von Politik und Verwaltung, die Bildung einer elitären «Staatsklasse», die unkritische Nachahmung der metropolitanisch-westlichen Muster und die Verbreitung einer Korruption gewaltigen Ausmasses ein. – Veruntreuung von Staatsgeldern und Bestechlichkeit der Beamten erreichten auch in *Ghana* während des autoritär-zentralistischen, sich sozialistisch nennenden Regimes des Staatspräsidenten *Nkrumah* (1957–1966) eine einsame Höhe; die wirtschaftliche Gesamtleistung war nicht katastrophal, aber die ebenso wirre wie betont repressive Gestaltung des politischen Lebens ähnelte mehr und mehr einer nackten Autokratie.

Einer Gesamtbeurteilung sozialistischer Systeme stehen erhebliche Schwierigkeiten entgegen. In der Regel erzielen sie kurzfristig eine Befriedigung elementarster Grundbedürfnisse für ausgedehnte Bevölkerungssektoren durch Umverteilung von Ressourcen und erzwungene Mobilisierung bisher nicht vollbeschäftigter Arbeitskräfte; in der Errichtung einer oft unbrauchbaren bis sinnlosen Schwerindustrie überfliegen sie gewöhnlich die nicht sozialistischen Entwicklungsländer. Über Schlüsselfälle des peripheren Sozialismus wie Äthiopien und Angola fehlen zuverlässige Daten zur Befriedigung der Grundbedürfnisse, die zugleich zuverlässig seien und längere Zeiträume umfassten.

Das erst mit dem Tod des Diktators endende Regime von *Sékou Touré* in *Guinea* hatte sich von der Aussenwelt ziemlich vollständig abgeschlossen; es erhob den doppelten Anspruch, sowohl ein originelles Modell gesellschaftlicher Organisation zu verkörpern als auch alle Erscheinungen menschlicher Entfremdung beseitigt zu haben. Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus: ein Viertel der Gesamtbevölkerung ist seit der Ausrufung des guineanischen Sozialismus ausgewandert; die katastrophale Evolution der Landwirtschaft hat Hungersnot und Apathie zur Folge; ein Zusammenbruch des guineanischen Staates ist bis

jetzt ironischerweise durch westliche Hilfe und westliche Investitionen im genau abgegrenzten Bereich der extraktiven Industrie verhindert worden. Die sich dauernd verschlechternde Versorgung der Bevölkerung mit einfachsten Konsumgütern erfolgte im Rahmen eines despotischen, ja barbarischen Systems, das seinesgleichen suchte. Sékou Touré insistierte zwar auf dem absolut eigenständigen Charakter seines Sozialexperiments, in dem Irrtümer nicht möglich seien und in dem die «Volksdiktatur» durch das Volk für das Volk ausgeübt würde, aber zugleich gab er zu, dass die Massen kein Recht auf selbständiges Denken hätten und noch weniger auf autonome Gestaltung der Praxis: die Parteiprogrammatik sollte den Massen so lange erörtert werden, bis letztere sie verstünden und guthiessen. Die Einheitspartei umfasste wahrscheinlich bis zu 90 Prozent der Bevölkerung, wobei die Eingliederung obligatorisch erfolgte; die Partei war allwissend und allgegenwärtig (Sékou Touré: «Keine Tätigkeit soll dem wachenden Auge der Partei entgehen»). Gewaltenteilung galt als verpönt, und die Gerichtsbarkeit bildete ein untergeordnetes Organ der öffentlichen Verwaltung. Dieser afrikanische Stalinismus äusserte sich durch Hexenjagd auf Andersdenkende, Massenhysterie, Schauprozesse, rituelle öffentliche Hinrichtungen, aber auch durch die Bildung einer masslos privilegierten Machtelite, deren Korruption ebenso unbeschränkt war wie ihre fachliche Unfähigkeit. Der Staatsapparat hatte sich in der laufenden Entdeckung von Verschwörungen hervorgetan, während er in der Bewältigung technisch-administrativer Aufgaben kläglich gescheitert ist.

Der Sozialismus in der Volksrepublik *Kongo* erhebt nicht solchen Anspruch auf totale Originalität und zeigt ein geringeres Ausmass an repressiven Praktiken auf, ist aber von Effizienz, Demokratie und Massenwohlstand entfernter denn je. Das klare Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus verdeckt eine diktatorische Regierung, die durch einen herkömmlichen Staatsstreich an die Macht kam. Die Einheitspartei besteht aus halbgebildeten Intellektuellen, die sowohl in der Gestaltung der Wirtschaftsstrukturen (Verstaatlichung der Produktionsmittel), Aufbau nach vertikalen Prinzipien, als auch in der Organisierung des politisch-institutionellen Bereichs das sowjetische Modell – unter Beibehaltung unbedeutender «tropischer» Besonderheiten – nachgeahmt haben. Der starken Zentralisierung des Staats- und Parteigefüges entspricht eine straffgelenkte Gewerkschaftsbewegung; anti-imperialistische Dauerlosungen ersetzen die Inanspruchnahme politischer Bürgerrechte. Die übliche Entmutigung individueller Initiativen korreliert mit den gebräuchlichen Säuberungen innerhalb des Staats- und Parteiapparats und dem verallgemeinerten Arbeitszwang, der teilweise von der Armee ausgeübt wird.

Massenterror, repressive Praktiken und erzwungene Gleichstellung des sozialen und kulturellen Lebens sind in *Tansania* bis heute weitgehend ausgeblieben. In Tansania herrscht eine zwar begrenzte, aber dennoch bemerkenswerte Meinungsfreiheit, die sich oft gegen die *paternalistische* Haltung der Regierung behaupten muss. Das Vorhandensein einer einzigen legalen Partei geht dem Staatspräsidenten *Julius K. Nyerere* zufolge auf die inte-

gralistische Auffassung zurück, dass die Einheit der Nation der oberste Leitwert sei, der durch Parteienpluralismus gefährdet werde; die Existenz mehrerer Parteien wird als ein ausländischer Luxus sowie als ein Verrat an der heiligen Idee der nationalen Eintracht angesehen. Das Einparteiensystem ist verfassungsrechtlich fixiert; was den Staatsaufbau betrifft, gibt es von Originalität keine Spur. Die offizielle Ideologie eines allgemeinen Willens Rousseauscher Art verhindert die Entstehung eines genuin kritischen und politischen Bewusstseins und drängt jede politische Auseinandersetzung an den Rand der Illegalität; sie fördert zugleich die Herausbildung einer Bürokratenschicht, die zwar keine Produktionsmittel besitzt, aber solche selbstherrlich verwaltet. Aus rein ideologischen Gründen wurde die Verstaatlichung der Grossbetriebe und des Grosshandels verfügt, was der Bevölkerung keine spürbaren Verbesserungen mit sich gebracht hat. Die starke Weitergeltung traditioneller Elemente und der fragmentarische Charakter des Staatsapparats haben die autoritären Züge des tansanischen Modells erheblich gemildert. *Tansania* stellt eines der am gründlichsten untersuchten Entwicklungsmodelle in der Dritten Welt dar: seine wirtschaftlichen und sozialen Leistungen sind höchst umstritten, aber eine starke Identität ist kaum zu leugnen. Seit der Unabhängigkeit im Jahre 1961, aber eindeutiger seit der *Arusha*-Erklärung vom 6. Februar 1967 strebt Tansania eine Variante des Afrikanischen Sozialismus an, welche sich durch die Verstaatlichung des Bank- und Versicherungswesens, die Vergesellschaftung grosser Betriebe der verarbeitenden Industrie, die Beibehaltung des Privateigentums im Bereich der Leicht- und Konsumgüterindustrie sowie des Kleinhandels und durch die Schaffung eines breiten genossenschaftlichen Sektors in der Landwirtschaft auszeichnet. Der tansanische Versuch legt grossen Wert auf die Entfaltung von Landwirtschaft und Viehzucht, um die Grundbedürfnisse einer schnell wachsenden Bevölkerung einigermassen befriedigen zu können; dem Aufbau der Industrie wird zweitrangige Bedeutung beigemessen. Auf dem Lande wird der «Ujamaa»-Sozialismus praktiziert: auf der Basis freiwilliger Vereinigungen wird die Produktion in genossenschaftlicher Form organisiert. Das Modell intendiert eine hohe Mobilisierung eigener Ressourcen ohne ausländische Hilfe, die durch die Politik des Selbstvertrauens in die eigenen Kräfte (*self-reliance*) ergänzt wird. Die bisherigen Ergebnisse sind alles andere als spektakulär, aber man hat eine Verringerung der Abhängigkeit vom Ausland, einen Ausgleich der sozialen Unterschiede und beachtliche Erfolge auf dem Gebiet von Erziehung und Bildung erreicht. Die rein ökonomische *performance* fällt eher enttäuschend aus: anstelle einer Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards hat eine gleichmässige Verteilung der Armut stattgefunden.

Relativität der Modelle

Der Vergleich zwischen militärischen und zivilen, kapitalistischen und sozialistischen Regimes sowie schwer zu klassifizierender Sozialordnungen legt einige Schlussfolgerungen nahe:

- Die Fähigkeit, die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen

und dem Einzelnen ausreichende Entfaltungsmöglichkeiten zu gewähren, ist an keine spezifische Sozial- und Eigentumsordnung gebunden. Unterschiedlichste Organisationsformen der Wirtschaftsstruktur haben zu bestimmten Zeiten einen relativen Erfolg in der Lösung dieses Problems gehabt; ebenso viele Phänomene des Scheiterns lassen sich ebenfalls verschiedenen Produktions- und Regierungssystemen zuschreiben.

● Der durch Indikatoren und Indizes messbare Fortschritt im industriell-technologischen Bereich und auf dem Gebiet von Erziehung, Gesundheit, Wohnungsbau und Sozialleistungen ist in diversen sozioökonomischen Systemen nachweisbar. Sein Zustandekommen hängt in erster Linie nicht vom allgemeinen Modell ab, sondern von konkreten Faktoren im jeweiligen Land und Zeitraum.

● Wirtschaftliche Erfolge und hohe Wachstumsraten gewährleisten keineswegs eine vernünftige Gestaltung der politisch-institutionellen Sphäre. Es gibt keine eindeutige Korrelation zwischen umfassender Modernisierung und Entfaltung einer partizipatorischen, demokratischen und repressionsfreien Ordnung.

● Industrialisierung, Stärkung des Nationalstaates und Modernisierung der Gesamtgesellschaft verbürgen nicht die Möglichkeit eines menschenwürdigen Lebens.

● Eine als positiv zu bezeichnende sozioökonomische Entwicklung in einem bestimmten Produktions- und Eigentumssystem besagt nichts über dessen Zukunft, denn es kann sich unter konkreten Umständen und innerhalb einer verhältnismässig kurzen Zeitspanne in sein Gegenteil umwandeln.

● Eine generalisierbare Evolutionsabfolge (etwa vom stagnierenden Kapitalismus zum blühenden Sozialismus) lässt sich ebensowenig feststellen wie eine für alle Fälle geltende Verwandlung einer bestimmten Sozialordnung in ein anderes Gesellschaftsmodell.

H. C. F. Mansilla

Mystischer Marxist

Ernst Blochs politische Theologie

Das Gedenken anlässlich des hundertsten Geburtstags von Ernst Bloch war auf einen erstaunlichen Gleichklang abgestimmt. Der zeit seines Lebens Ketzertum gepredigt hatte, scheint nach seinem Tod in den Rang eines allgemein anerkannten Vorbildes aufzurücken. Solch Bewertungswechsel ist nichts Ungewöhnliches. Die Frage ist nur, ob der Austausch artiger Freundlichkeiten der intellektuellen Authentizität dient oder sie geradezu ausschliesst. Tatsächlich hat die Popularität der Blochschen Philosophie in den letzten Jahren zugenommen, sie erreicht heute einen noch nicht ge-

kannten Grad. Sozialisten, noch mehr Theologen geraten in ihren Bann. Nicht unbegründet, denn Blochs Denken umschliesst sowohl Sozialismus wie Theologie. Das begründet seine Anziehungskraft in der Gegenwart, da das traditionelle Selbstverständnis der Linken und der Kirchen in eine tiefe Krise geraten ist. Hinzu kommt der Reiz eines grossartig funkelnden Stils, der dieses Werk über die übliche philosophische Sprechweise erhebt. Die Lektüre versetzt oft in Entzücken, indes die Reflexion über die Substanz des Mitgeteilten zu kurz kommt. Da ist eine Warnung angebracht, die Ernst Bloch uns selbst vermittelt: *«Was beim Lernen sich passiv verhält und nur mit dem Kopf nickt, wird bald einschlafen.»*

Trautje Franz' «Revolutionäre Philosophie in Aktion. Ernst Blochs politischer Weg, genauer besehen» ist nichts für Schläfrige. Von hellwachem Geist, dient ihr Buch wiederum geistiger Wachheit, Blochs Denken mit Sympathie, aber nicht ohne Distanz betrachtend. Die Autorin rekonstruiert des Philosophen Lebensweg – ein sehr langer Weg, was oft vergessen wird. Bloch war unser Zeitgenosse, er starb 1977 zweiundneunzigjährig. Seine geistige Bildung hatte er vor dem Ersten Weltkrieg erworben. Expressionismus, Jugendbewegung, revolutionär-religiöse Aufbruchstimmung: das markierte ihn. Messianische Hoffnung bekundete sich, von Bloch als «Vorträume einer neuen Erde» bezeichnet. Den Messianismus fand er im Judentum, aber nicht allein dort, lesen wir: *«Kein anthropologischer oder nationaler Judaismus ist gemeint, sondern die grenzüberschreitende Attitüde, wie sie – wie Bloch später einmal bemerkte – Thomas Münzer sehr wohl, Rothschild dagegen nicht zeige.»* Geistig verwandt waren Martin Buber, Paul Tillich, Gustav Landauer; auch sie verknüpften messianische Hoffnung mit einer hier und jetzt zu verwirklichenden sozialen Utopie. Trautje Franz schreibt: *«Eine positive Einstellung zur Prophetie und ein radikalistisch-prophetischer Gestus durchziehen das gesamte Werk und Wirken Blochs.»*

Deutsches, Jüdisches und Russisches wollte er 1918 vereinen in einem «Gottgebärertum und Messianismus». Bald wurde das Religiös-Utopische mit der Marxschen Doktrin vereint, woraus – was der Autor darüber auch immer denken mochte – ein Marxismus durchaus eigener Prägung entstand. Lenin wird dann zum exemplarischen Verwirklicher der Doktrin erhoben, aber dahin gelangt Bloch erst über einen Umweg. Ein kaum bekannter Entwicklungsgang wird hier beleuchtet. In der Schweiz 1917 polemisiert Bloch gegen den «roten Zaren» Lenin, dem er vorwirft, *«mit der Minderheit an Soldatenpöbel und Fabrikarbeitern, preussisch-zaristische ‚Diktatur des Proletariats'»* durchzuexerzieren. Damals empfand er Sympathie für den amerikanischen Präsidenten Wilson und die «demokratisch-puritanisch-christlichen Ideale» Amerikas. Er unterstützt den Krieg gegen Deutschland, das «Land der Untertanen». Bloch war nie Pazifist, die Erkämpfung einer gewaltlosen Zukunft schloss das Prinzip der Gewaltanwendung nicht aus. *«Widerstehen durch Liebe statt durch Gewalt hat bislang noch nirgends die böse Gewalt ausgerissen»*, schreibt er in seinem Buch «Thomas Münzer», veröffentlicht 1921. Der «Theologe der Revolution» gilt als ein Vorläufer Lenins –

nunmehr ein Leitstern am Blochschen Himmel.

Die folgenschwere Wendung wird durch die Enttäuschung über die fehlgeschlagene deutsche Revolution hervorgerufen. Die messianische Hoffnung, bislang in unbestimmten Verheissungen schwelgend, wird nun festgemacht an der Praxis des Sowjetkommunismus. «Ex oriente lux», heisst es. Das Licht komme aus dem Osten, stelle sich dem «Dunkel» der übrigen Welt entgegen. Bloch wirkte, schreibt Trautje Franz, als «Apologet» des Sowjetstaates, voller Lob für *«jene dialektische Weisheit, welche Russland in vielem an den Tag legt»*. Von dieser Haltung liess er sich nicht abbringen, obwohl seine Faschismus-Analyse, wie die Autorin bemerkt, manche Gemeinsamkeit mit der Trotzkis auswies. Aber in den dreissiger Jahren verteidigt Bloch sogar Stalins repressive Aktionen als «Notwehrprozesse» und beschuldigt Trotzki «konterrevolutionären Treibens». Die Errichtung der Hitlerdiktatur deutete er als Folge engen Wissenschaftsdenkens, das den Nazis die Ausnutzung archetypischer Gefühle und Mythen überlassen habe.

«Der Erfolg der nationalsozialistischen Ideologie quittiert seines Teils den allzu grossen Fortschritt von der Utopie zur Wissenschaft», heisst es 1935 in «Erbschaft unserer Zeit». Friedrich Engels hatte in einer berühmten Schrift den Werdegang des Sozialismus «von der Utopie zur Wissenschaft» als einen Prozess triumphaler Reife dargestellt. Bloch erblickt darin ein Negativum, er will im Gegenteil den Sozialismus durch einen utopischen Zuschuss revitalisieren. Dies könne den Menschen stärker motivieren als blosse ökonomische Interessen, die für marxistische Parteien ausschlaggebend sind. Das ist eine Konstante Blochschen Denkens, Trautje Franz spricht von einer *«Aversion gegen jeglichen Geschichtsdeterminismus»*. Schon der junge Philosoph hatte «nackte Wirtschaftsorientierung» und «durchdringende Ungeistigkeit» der deutschen Sozialdemokratie gerügt. Die Kritik war zutreffend, aber die Beurteilung der KPD ging nicht auf den Grund, beharrte im Taktischen, sparte die Sowjetführung aus, der die KPD ergeben war. Überdies muss man fragen, ob es nützlich gewesen wäre, mit dem NS-Irrationalismus um die Wette zu laufen. Um so mehr, als Bloch die Aufwertung nationalistischer Traditionen durch Stalin begrüsste. Befremdlich wirkt, dass dem Diktator zur gleichen Zeit «sozialistischer Wille zum Absterben des Staates» bescheinigt wurde.

Noch 1962 – Bloch hatte ein Jahr davor die DDR verlassen – wird in dem Band «Subjekt-Objekt» Stalin als Meister der Dialektik zitiert. Erst 1956 fielen allmählich die Schuppen, Bloch forderte konsequente Entstalinisierung, der sich die DDR-Führung widersetzte. Auch in der Bundesrepublik blieb Bloch seiner Botschaft treu, die im Zeichen utopischer Hoffnung radikales Handeln verlangte. Aber die Kritik an Stalin sparte Lenin aus, blieb auf halbem Wege stecken. Die Ansicht von Trautje Franz, dieser Standpunkt entspräche der Einschätzung «westeuropäischer Linkssozialisten und Kommunisten», ist unbegründet, denn die Kritik des Bolschewismus ist auch in diesen Kreisen schon längst üblich. Ebenso anfechtbar ist die These, Blochs Philosophie verbinde sich «nahtlos» mit Marxens Geschichtsauffassung.

Eher muss man zwei originäre Konzepte wahrnehmen, deren Verbindung mehr scheinhaft als real ist. Blochs eklektische Methodik, die Marx und Mystik vereinte, ist dafür verantwortlich. Der Philosoph hat sich, so die Verfasserin, «empirisch-sozioökonomischer Analyse» enthalten. Diese fatale Schwäche veranlasste Jürgen Habermas zu dem Urteil: «*Bloch überspringt die soziologisch-historische Untersuchung der aus dem gesellschaftlichen Prozess dialektisch hervorgerufenen objektiven Möglichkeiten.*» Über konkreten Verhältnissen schwebend, ist das «Prinzip Hoffnung» zeitlos, im Unbestimmten zerfliessend. Warnung vor Kleinmut, auf ein Grosses verweisend, das so unsichtbar bleibt wie der Gott der Gläubigen. Die erhabene Botschaft hat Bloch selbst vor Niedrigem nicht bewahrt; es war kein Zufall, denn sie paarte stets hohe Ziele mit robuster Praxis, fand es nicht anstössig, den «aufrechten Gang» und Stalins Terror zu verteidigen. Die frohe Kunde nahm die Schrecken unserer Zeit nur bedingt wahr, um sich nicht in Frage gestellt zu sehen. Auch Bloch war ein Theologe der Revolution – freilich einer imaginären, in die Zukunft projizierten Umwälzung. Trautje Franz vermittelt Wissens- und Bedenkenswertes, um die Hoffnungsphilosophie kritisch zu befragen. Noch besser wäre es gewesen, wenn sie sich einer natürlicheren Sprache, nicht eines unschönen polit-philosophischen Jargons bedient hätte.

Heinz Abosch

Trautje Franz: Revolutionäre Philosophie in Aktion. Ernst Blochs politischer Weg, genauer besehen. Junius Verlag, Hamburg 1985.